

Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

„Sturm der Ablehnung aus der Bevölkerung, aus SPD und Gewerkschaften

Weg mit der Gesundheitsreform

Unterstützt den Offenen Brief an die SPD-Bundestagsabgeordneten: Stimmt mit NEIN“

„Sagt Nein zur Gesundheitsreform, zur Demontage der solidarisch und paritätisch finanzierten Krankenversicherung und des öffentlichen Gesundheitswesens“, fordern Sozialdemokratinnen und GewerkschaftskollegInnen aus NRW in ihrem Offenen Brief an die SPD-Bundestagsabgeordneten, der bundesweit Unterstützung gefunden hat.

Trotz des Aufschreis der Empörung auch in der SPD-Fraktion drängen der SPD-Vorsitzende Beck und Müntefering darauf, dass sich die SPD-Fraktion der Großen Koalition unter Merkel unterwirft und Ja sagt zu einer Gesundheitsreform, die 100.000en das Grundrecht auf medizinische Versorgung verweigert und die Kranken bestraft. Das wird ein weiteres Ansteigen der Armut provozieren, die gerade in öffentlicher Heuchelei von Merkel „als nicht zu akzeptieren“ angeprangert wird.

Der Bundesvorsitzende der ArbeitnehmerInnen in der SPD, Ottmar

Schreiner, verdient unbedingten Rückhalt, denn er wagt es, zu sagen was ist: „Armut und soziale Ausgrenzung sind nicht über uns gekommen, sie sind das Ergebnis der Politik von Schröder.“ Und es muss ergänzt werden, dass deren verschärfte Fortsetzung der alleinige Auftrag der Großen Koalition ist.

Wie kann Beck im Namen der SPD schamlos den Millionen, die er einer „Unterschicht“ zuordnet, „mangelnden Aufstiegswillen“ vorwerfen; dass sie, leistungsunwillig und nicht bildungsbereit, sich mit der Situation arrangiert hätten?

Wie kann ein SPD-Vorsitzender einen solchen Zynismus vertreten gegenüber den Millionen, denen die Politik, angefangen bei der Regierung Kohl, über Schröder und jetzt der Großen Koalition, die Arbeitsplätze, geregelten Tariflöhne und sozialen Sicherungsrechte geraubt hat und das Recht auf Ausbildungsplatz, Bildung und Studium verweigert?

Geht es etwa darum, ein Klima der Entgegensetzung zu schaffen für das weitere Maßnahmenpaket der Großen Koalition nach der Gesundheitsreform“?

Rente 67: heißt das nicht, immer mehr alte Menschen in Armut zu stürzen? **Steuerumverteilung:** 30 Milliarden werden aus den Taschen der arbeitenden Bevölkerung geplündert – ist das keine Maßnahme zur weiteren Verarmung ganzer Bevölkerungsschichten? **„Optimierung“ von Hartz IV,** das heißt, über die Verschärfung der Sanktionen werden noch mehr Arbeitslose einem noch schlimmeren Elend ausgeliefert. Gleichzeitig begünstigt die Poli-

tik der Großen Koalition die Zertrümmerung der Flächentarifverträge; treibt die Ausweitung des Niedriglohnsektors, von ungeschützten und entrechteten Billigjobs voran.

Wer will leugnen, dass diese Maßnahmen das Heer jener so etikettierten „Unterschicht“ anschwellen lassen werden?

„Wie kann man glauben, dass sich irgendein Problem in unserem Land lösen lässt, wenn man dem Diktat von Merkel und der CDU/CSU nachgibt, die entsprechend den Vorgaben der EU das Sozialsystem in Deutschland bis zu Ende zerstören wollen“, fragen die GenossInnen und KollegInnen in dem Offenen Brief an die SPD-Abgeordneten.

„Bevor das Solidarsystem bei der Gesundheit auseinander bricht, ist es besser, die Koalition bricht auseinander.“ Für die SPD seien die Pläne „ein Sprengsatz“, warnt Wolfgang Wodarg.

Gibt es einen anderen Ausweg?

Muss man nicht Nein sagen zu dieser Politik, für die Beck und Müntefering die SPD im Schraubstock der Großen Koalition in die Verantwortung nehmen und die das Land, die Arbeiterbewegung und die SPD selbst in den Niedergang treibt?

Ist es nicht höchste Zeit, alle Kräfte zu vereinen im Kampf für die Wiederherstellung und Verteidigung der großen sozialen und demokratischen Errungenschaften der deutschen Arbeiterbewegung? Gibt es dafür einen anderen Weg, als sich zu vereinen und einzutreten dafür, dass die SPD mit der Großen Koalition bricht?

CARLA BOULBOULLÉ

Zum Inhalt:

CDU für Verschärfung von Hartz IV

Siemens, BenQ...

Gibt es eine andere Lösung, als die Betriebe unter staatlichen Schutz zu stellen?

„Exzellenz“-Unis – öffentliche „Rest“-Unis?

Anklageakte gegen die zerstörerische Politik der EU

DIE 200 Delegierten aus 15 Ländern, die an der Europäischen Konferenz in Berlin am 25./26. Februar 2006 teilgenommen haben, haben gestützt auf die Tatsachen eine Bilanz der jahrelang von den EU-Institutionen betriebenen Politik gezogen: Diese bedeutet Zerschlagung von Industrie und Landwirtschaft in allen europäischen Ländern, Infragestellung aller sozialen Errungenschaften, Zerstörung der Grundlagen für die Souveränität der Nationen... EU-Finanzkommissar Joaquin Almunia erklärt zur Unterstützung des ungarischen Premiers Gyurcsany: „Wer immer in Ungarn regiert, hat keine andere Möglichkeit, als ein Konsolidierungsprogramm wie das jetzige durchzusetzen.“ Und gilt dieses offene Diktat der EU nicht genauso für Deutschland, England, Frankreich, für alle europäischen Länder?

Die Delegierten der Berliner Konferenz haben die Notwendigkeit betont, dass mit dieser Politik der Europäischen Union und ihren Institutionen gebrochen werden muss, damit es Fortschritte auf dem Weg zu einem freien Bündnis der Völker und freien Nationen in Europa geben kann. Und sie haben sich als erstes Ziel gesetzt, eine Europäische Verbindung der ArbeitnehmerInnen und Völker aufzubauen. Dazu sagte einer der Berichterstatter:

„Wir sind nicht allein, nicht in den einzelnen Ländern isoliert. Es geht nicht nur um einen Kampf, unser eigenes Land aus der Europäischen Union herauszulösen. Es geht um einen Kampf in ganz Europa, um eine Perspektive für alle hier lebenden ArbeitnehmerInnen und Völker aufzuzeigen.“

Die Konferenz hat eine Adresse an die

ArbeitnehmerInnen und Völker Europas verabschiedet und beschlossen, ein regelmäßiges Verbindungsbulletin herauszugeben.

Bulletin Nr. 1 (auch in deutscher Übersetzung erschienen) enthält den



Ungarn: *Volksmassen demonstrieren immer wieder in Budapest und landesweit gegen die Regierung Gyurcsany, die die EU-Politik umsetzt*

vollständigen Bericht über die Berliner Konferenz. In der 2. Ausgabe in deutscher Sprache sind Beiträge aus Spanien, Deutschland, Rumänien, Belgien und Ungarn zusammengefasst. In englischer und französischer Sprache sind 4 Nummern erschienen, mit weiteren Beiträgen neben den o.g. aus Italien, Frankreich, Schweden usw.

Diese Beiträge sind Teil der Anklageakte, die auf Vorschlag der belgischen Delegierten von engagierten KollegInnen aus ganz Europa z.Z. erarbeitet wird. Dieses Memorandum, das die Realität

dieser Politik in ganz Europa aufdeckt, soll der Europäischen Kommission in Brüssel überreicht werden:

„Wir werden die EU-Kommission fragen: Bestreiten Sie diese Tatsachen, wie lauten Ihre Antworten? Wir schlagen vor, dass wir diese Antworten zusammen mit dem Memorandum allen Arbeitnehmerorganisationen in Europa in Form eines Appells bekannt machen. Das kann es uns erlauben, zu vereintem Handeln zu kommen, um gemeinsam diese Politik zu stoppen.“

Im Rahmen der Arbeit des auf der Berliner Konferenz gegründeten Verbindungskomitees über die zerstörerischen Angriffe auf die Bildungsabschlüsse, die von der EU im „Bologna-Prozess“ organisiert werden, haben die spanischen Delegierten vorgeschlagen, dass an der Delegation zu den EU-Institutionen Lehrpersonal und Studenten teilnehmen. Sie haben beschlossen, eine Anklageakte über die Folgen der Umsetzung des „Bologna-Prozesses“ in Spanien zusammenzustellen.

Ein erster Beitrag aus Deutschland zeigt am Beispiel der Entwicklung der zurückliegenden fünf Jahre, vor allem anhand der Gesetze zur Zerstörung der sozialen Sicherungssysteme und der Tarifverträge, – insbesondere der Flächentarifverträge –, wie die Befehlskette von der EU-Kommission zur Bundesregierung funktioniert.

Wer an der Vorbereitung der Delegation teilnehmen oder einen Beitrag für das Bulletin schreiben möchte, ist eingeladen, seine Vorschläge an die Adresse der Redaktion zu schicken. Über die Redaktion sind die Bulletins und weitere Informationen erhältlich.
c.b.

IMPRESSUM

Soziale Politik & Demokratie erscheint 14-tägig. Für den Inhalt der Artikel sind jeweils die UnterzeichnerInnen verantwortlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Nachdruck (mit Quellenangabe) ist erwünscht; bitte Belegexemplar zusenden.

NÄCHSTER REDAKTIONSSCHLUSS: 26. 10. 06

Redaktionsadresse:

Soziale Politik & Demokratie
Postfach 120 755; 10597 Berlin
Fax-Nummer: 030 / 313 16 62
E-Mail: Soziale.Politik.und.Demokratie@t-online.de - Bestellungen, Beiträge und Mitteilungen bitte an diese Adresse schicken. / www.soziale-politik-und-demokratie.de

Redaktion / HerausgeberInnen Berlin:

Carla Boulboullé, Rainer Döring,
Udo Eisner, Volker Gernhardt, Ute Grahl, Gott-
hard Krupp, Volker Prasuhn,
Birgit Schöller, Volkmar Schöne,
Klaus Schröer, Hans Weigt, Axel Zutz

HerausgeberInnen:

Brandenburg: Bodo Fast
Nordrhein-Westfalen:
Heinz-Werner Schuster, Inge Steinebach,
Bodo Schoo, Beate Sieweke,
Tina Hauptmann
Mecklenburg-Vorpommern:
Lothar Hesse
Sachsen:
Gaby Hahn, Cornelia Matzke
Sachsen-Anhalt:
Karlheinz Gerhold (†), Axel Bachner,
Hans Günther Rinkleib

Thüringen:

Klaus Schüller, Andreas Hähle

Hessen:

Michael Altmann, Bettina Czölsch, Rudolf Schulz, Horst Raupp

Baden-Württemberg:

Michael Futterer

Druck: gks-berlin; ISSN: 0941-6064

Der regelmäßige Bezug ist nur im

Jahresabonnement möglich.

Jahresabonnement (inkl. Porto):

50,- Euro

Ermäßigtes Abonnement:

30,- Euro

In den Preisen sind 7% MwSt. enthalten.

Konto: C. Boulboullé,
Berliner Volksbank (BLZ 100 900 00)

Kontonummer: 5629 455 002

V.i.S.d.P.: C. Boulboullé

Postfach 120 755; 10597 Berlin

Sturm der Ablehnung aus der Bevölkerung, aus SPD und Gewerkschaften
**Es gibt nur eine Verantwortung der SPD: die Gesundheitsreform,
 das Diktat von Merkel und CDU/CSU, muss zurückgewiesen werden**

**Wir wenden uns an die Bundestagsabgeordneten der SPD:
 Stimmt mit NEIN!**

Ein Aufschrei der Empörung

derjenigen, die nicht aus der notwendigen Krankenversorgung ausgeschlossen sein wollen, weil sie sie nicht mehr finanzieren können; derjenigen, die nicht zu Patienten 2. oder 3. Klasse werden wollen; der Ärmsten, die nun noch überdurchschnittlich mit 8 Euro belastet werden, wenn sie sich eine Versicherung „leisten“ wollen; derjenigen, die mit Wartelisten in den Krankenhäusern, mit Abweisungen beim Arzt und in den Kliniken für diese Gesundheits„reform“ bezahlen, durch die ganze Landstriche zu Regionen werden, wo Ärzte- und Kliniknotstand herrscht und Kassen zu Armenkassen verurteilt sind, mit Leistungsabbau bei steigender Zusatzprämie. (...)

Viele SPD-Parteigliederungen und noch mehr Verantwortliche und Mandatsträger der SPD haben sich in derselben oder in ähnlicher Weise geäußert: So hat der Hamburger Unterbezirk der SPD beschlossen: „Der Gesundheitsfonds muss weg!“ Der AfA-Landesvorstand Berlin fordert von der SPD, „für den Erhalt des paritätisch finanzierten Systems der gesetzlichen Krankenkassen und des Gesundheitswesens“ einzutreten und den Gesundheitsfonds mit der zusätzlichen Kopfpauschale abzulehnen. Auch der Landesvorstand der SPD Bayern lehnt die Gesundheitsreform ab.

Die Gewerkschaft ver.di, die IG Metall, sie alle fordern die Verteidigung des Systems der gesetzlichen solidarischen und paritätisch finanzierten Krankenversicherung, der Selbstverwaltung der Krankenkassen. (...)

Wie kann es sein, dass die Warnungen von zahlreichen Verantwortlichen und Abgeordneten der SPD übergangen werden, die zeigen, wie die gesetzlichen Krankenkassen durch die Einführung des Fonds in einen aussichtslosen Konkurrenzkampf getrieben werden?

Kann man so blind sein und nicht sehen, dass mit dem neu einzuführenden Zusatzbeitrag die Mitglieder der großen Versorgungskassen geschröpft und Hunderttausende von Mitgliedern der gesetzlichen Kassen in die Arme der Privatversicherungskonzerne getrieben werden, mit dem Ergebnis, dass die gesetzlichen Kassen noch weiter geschwächt werden? (...)

Wie kann man nicht verstehen, dass die Selbstverwaltung der Krankenkassen durch die Mitglieder außer Kraft gesetzt wird, wenn demnächst die Regierungspolitik die Höhe der Kassenbeiträge bestimmt, und nicht mehr die Bedürfnisse

Wir, Sozialdemokraten und Gewerkschafter, wenden uns an alle Arbeitnehmer und Gewerkschafter, an die Mitglieder und Organe der SPD:

Es ist nicht zu spät!

Werdet aktiv und kämpft dafür, dass die Gesundheitsreform gestoppt wird. Versammelt Euch dafür. Unterstützt den Offenen Brief an die SPD-Abgeordneten und sammelt selbst Unterschriften!

Henning Frey (SPD, GEW), Carla Boulboulé (GEW), Klaus Schüller (SPD, DGB-Sekretär)

(aus einem Aufruf zu den DGB-Demonstrationen am 21. 10. 06)

und die Notwendigkeit der medizinischen Versorgung?

Wie kann man nicht verstehen, dass damit die jetzige und jede künftige Regierung das Instrumentarium erhält, die Arbeitgeberbeiträge einzufrieren und die paritätische Finanzierung vollends auszuhebeln?

Wie kann man glauben, dass sich irgendein Problem in unserem Land lösen lässt, wenn man dem Diktat von Merkel und der CDU/CSU nachgibt, die entsprechend der Vorgaben der EU das Sozialsystem in Deutschland bis zu Ende zerstören wollen. Für die die Einrichtung des Gesundheitsfonds und des Zusatzbeitrages der „Einstieg in ein prämiensorientiertes Gesundheitssystem“, und damit der Ausstieg aus dem solidarisch und paritätisch finanzierten System ist.

Nach der bereits massiven Ablehnung aus den Gewerkschaften hat der DGB-Vorsitzende Michael Sommer den Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung noch einmal als eine „kleine Kopfpauschale“ verurteilt, die das Risiko von Kostensteigerungen auf die Versicherten abwälzt. Er hat ebenso den Angriff auf den solidarischen Finanzausgleich zwischen den Kassen und Ländern wie den Gesundheitsfonds verworfen.

Der Bundesvorsitzende der AfA, Ottmar Schreiner, spricht für eine große Mehrheit der Arbeitnehmer und Gewerkschafter, wenn er schon zuvor den sich abzeichnenden Kompromiss zur Gesundheitsreform für „nicht tragbar“ hält. Es gilt sicher nicht nur für die SPD-Linke, wenn er sagt: „Ich sehe nicht, dass die SPD-Linke dem Kompromiss zustimmen kann, weil zentrale Ziele der SPD nicht erfüllt werden.“

Hat der SPD-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Wodarg nicht recht mit seiner Anklage: „Die Koalition hat sich auf dem Rücken der Kranken geeinigt.“? Die Auswirkungen der Reform für die gesetzlich Krankenversicherten seien „verheerend“. (...) „Die CDU hat das alles durchgesetzt, und ich kann mir nicht vorstellen, dass meine Partei das mitmacht.“ (...) **„Ich werde in der Fraktion für die Ablehnung der Reform werben.“**

Gibt es einen anderen Weg (...), um der Ablehnung der Bevölkerung, der Wähler, der Gewerkschaften und der SPD gegenüber den Plänen zur Zerschlagung der gesetzlichen Krankenversicherung Ausdruck zu geben;

als dass alle SPD-Abgeordneten den Forderungen an sie und den Aufrufen ihrer Kollegen folgen und mit Nein zu den Gesetzesvorlagen zur Gesundheitsreform stimmen? (...)

DGB: Ausstieg aus dem Solidarsystem

Der DGB kritisiert, dass der Kompromiss von Union und SPD bei der Gesundheitsreform keins der zentralen Probleme des Gesundheitssystems löst. Statt die solidarische Finanzierung der Krankenversicherung zu stärken, wird sie grundlegend in Frage gestellt. (...)

Die strukturelle Benachteiligung der Gesetzlichen Krankenversicherung werde im Gegenteil noch verstärkt. Denn beim geplanten Gesundheitsfonds bleiben die privat Versicherten außen vor. Das gilt auch für die Zusatzbeiträge, die die meisten GKV-Versicherten ab 2009 neben ihrem Versicherungsbeitrag aufbringen müssen, weil der Gesundheitsfonds von Beginn an unterfinanziert sein wird. (...)

Weil der Wettbewerb unter den Krankenkassen in Zukunft ausschließlich über die Höhe der Zusatzprämie läuft, müssen die Krankenkassen ihre Leistungen massiv einschränken, um die Prämie niedrig zu halten. Die Folge: In Krankenkassen wie der AOK, die traditionell einen höheren Anteil von Mitgliedern mit niedrige-

rem Einkommen, aber hohen Gesundheitsrisiken haben, wird der Anteil der schlechten Risiken zunehmen. Ihren Mitgliedern drohen deshalb schrumpfende Leistungen – bei gleichzeitig steigender Zusatzprämie.

Zweitens fordern die Gewerkschaften, dass die Ausgabensteigerungen im Gesundheitssystem nicht auf die Versicherten abgewälzt werden dürfen, denn sowohl der Staat als auch die Untertanen blieben bei deren Finanzierung außen vor. (...)

Die Bundesregierung (kürzt) im kommenden Jahr den Steuerzuschuss von 4,2 auf 1,5 Milliarden Euro. Für die Versicherten werden die Beiträge deshalb 2007 erneut steigen, auf über 15 Prozent.

Weil mit der Einführung des Gesundheitsfonds in Zukunft der Gesetzgeber und nicht mehr die Krankenkasse über die Höhe des Versicherungsbeitrags entscheidet, bleiben zudem die Arbeitgeber bei künftigen Kostensteigerungen im Gesundheitssystem außen vor. Denn in den Beitragssatz sollen nur „unvermeid-

bare“ Kostensteigerungen einfließen. Die Zusatzprämie, an der die Arbeitgeber nicht beteiligt sind, dürfte deshalb schnell von einer kleinen zu einer großen Kopfprämie wachsen.

Und drittens bemängeln die Gewerkschaften, dass die Krankenkassen ihren Versicherten in Zukunft Wahltarife anbieten müssen. „Es ist zu befürchten“, so DGB-Vorstand Buntenbach, „dass der bisherige Leistungskatalog künftig nur durch die Kombination von Billigtarif und privater Zusatzversicherung aufrechterhalten werden kann.“

Weil Union und SPD zudem der Erhalt der Koalition wichtiger ist als der Erhalt des Solidarsystems in der Gesetzlichen Krankenversicherung, haben sie einen Großteil der Folgekosten der Gesundheitsreform auf die Mitglieder mit geringen Einkommen abgewälzt. (DGB)

(aus: einblick 18/06)

Stimmen ...

**Wolfgang Wodarg, SPD-MdB:
„Ich werde für ein Nein in
der Fraktion werben!“**



SPD-MdB W. Wodarg

„Für viele Versicherte wird sich die Reform verheerend auswirken“, sagte Wodarg im Sender MDR Info. Die Probleme seien nur verschoben worden. So könnten sich die Krankenkassen weiter vor schwierigen Aufgaben wie der Betreuung chronisch Kranker drücken. Aus Wodargs Sicht werden durch die Reform nicht nur Geringverdiener stärker belastet. Wodarg ist Mitglied im Gesundheitsausschuss des Bundestags.

Er rechne aus den SPD-Reihen im Bundestag mit Widerstand und habe aus

der eigenen Fraktion auch schon viele kritische Stimmen gehört, sagte Wodarg weiter. Die Große Koalition habe einen schwierigen Test zu bestehen. Er wisse nicht, ob es für die Reform eine Mehrheit gebe. „Bevor das Solidarsystem auseinander bricht, bevor wir Dinge zu Lasten von Menschen schaffen, die man kaum mehr zurückholen kann, ist es besser, die Koalition bricht auseinander.“

Wolfgang Wodarg, der Mitglied der Fraktionsarbeitsgruppe Gesundheit ist, sieht mit der Reform das Ende des Solidarsystems im Gesundheitswesen heraufziehen. „Ich werde in der SPD-Fraktion für die Ablehnung der Reform werben“, kündigt er an. Die Koalition habe sich „auf dem Rücken der Kranken“ geeinigt; wenn der Kompromiss in Kraft trete, würden sich die Krankenkassen noch weniger um Chroniker und Sterbensranke kümmern.

**Ottmar Schreiner, SPD-MdB:
Gesundheitsreform ist nicht
zustimmungsfähig**

Ottmar Schreiner, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA), ist der Auffassung, dass der Kompromiss zur Gesundheitsreform für viele SPD-Abgeordnete aus dem linken Spektrum nicht tragbar ist. „Ich sehe nicht, dass die

SPD-Linke dem Kompromiss zustimmen kann, weil zentrale Ziele der SPD nicht erfüllt werden“, sagte Schreiner der »Financial Times Deutschland«. (RP-Online)

**Baden-württembergische
SPD-Linke nach dem Gesund-
heitskompromiss: „Wir lehnen die
Einführung des Gesundheitsfonds
weiterhin ab!“ (Auszug)**

Die strukturellen Fehler im Ansatz der Reform bedeuten die Abkehr von der solidarischen Krankenversicherung hin zur Privatisierung des Gesundheitsrisikos. (...)

Der Zusatzbeitrag belastet insbesondere sozial Schwache. Die neue Einigung, nach der ein Zusatzbeitrag bis zu 8 Euro ohne Einkommensüberprüfung von den Kassen erhoben werden kann, würde für alle Einkommensbezieher/innen eines Einkommens von unter 800 Euro eine höhere Belastung als 1% bedeuten. Maßgebliches Einkommen ist zudem nicht mehr das Haushaltseinkommen, sondern das beitragspflichtige Einkommen der Mitglieder.

Die widersprüchlichen Auslegungen dieser Vereinbarungen machen zudem deutlich, dass die Auswirkungen der Eckpunkte nicht vollständig durchleuchtet wurden. (...)

Klaus Schüller (SPD, stellv. AfA-Landesvors., Gewerkschaftssekretär beim DGB, Thüringen) **„Vorsorgemuffel sollen mehr zahlen“** (Ulla Schmidt, SPD, Gesundheitsministerin)

Der Gesetzentwurf von SPD und CDU/CSU sieht vor, dass sich chronisch kranke Frauen über 20 und Männer über 45 ab kommendem April auf eine Zuzahlungsgrenze von 2% ihres Jahresbruttolohns einstellen müssen, wenn sie „Gesundheitsuntersuchungen nicht regelmäßig in Anspruch genommen haben und an Krebs erkranken“. (Gesetzentwurf, S. 28) Begründet wird diese „Reform“ damit, dass die „Verpflichtung der Versicherten gegenüber der Versicherungsgemeinschaft zu gesundheitsbewusstem und eigenverantwortlichem Verhalten“ betont werden solle. (s. Begründung zum Gesetzentwurf, ab S. 286) (d. Red.)

Welche böartige Dreistigkeit treibt eigentlich Ulla Schmidt, dass sie es wagt, im Namen der SPD eine Gesundheitsreform zu präsentieren, die wirklich alles, was wir ArbeitnehmerInnen mit der SPD und den Gewerkschaften im Gesundheitswesen aufgebaut haben, zerschlägt?

Wer erinnert sich nicht noch an die „Faulenzerdebatte“, die entfacht wurde, um zu rechtfertigen, dass ArbeitnehmerInnen, die ein Leben lang geschuftet haben, menschenunwürdigen Hartz-IV-Maßnahmen ausgeliefert werden.

Jetzt haben wir die „Vorsorgemuffel“, d.h. Menschen, die nicht an ihrer Gesundheit interessiert sind und deshalb nicht vorbeugen, sollen nicht länger im Krankheitsfall ihre Krankenkosten der Versicherungsgemeinschaft anlasten dürfen.

Gleichzeitig lesen wir heute in den Zeitungen, dass der „Krankenstand im Handwerk vor einem neuen Rekordtiefe steht“, und dass alle Kennzahlen zur statistischen Erfassung von Arbeitsunfähigkeitsdaten zurückgegangen sind.

Man muss bei einem Arztbesuch mit Wartezeiten von 2-3 Stunden oder sogar mehr rechnen. Das zwingt ArbeitnehmerInnen oft genug, einen halben Tag Urlaub nehmen zu müssen. Wer aber wagt das heute noch? Über uns allen hängt das Damoklesschwert der drohenden Entlassung. Und dann folgt die Bestrafung wegen mangelnder Vorsorge.

Das betrifft bei uns im Osten vor allem auch die vielen „Pendler“, die gar nicht in der Lage sind, die vorsorgliche Untersuchung wahrzunehmen – wenn sie nicht dafür einen Tag Urlaub nehmen. Denn wann man nur am Wochenende zu Haus ist, hat in der Regel der

Hausarzt keine Sprechstunde.

Was ist mit Vorsorgeuntersuchungen, die früher z.B. im Rahmen der Krebsvorsorge bei Frauen selbstverständlich kostenlos vom Frauenarzt durchgeführt wurden, und für die heute bis zu 40 Euro oder sogar noch mehr hingeblickert werden müssen? Frauen, die immer die Vorsorge wahrgenommen haben, können sich das heute gar nicht mehr „leisten“.

Wer ist denn hier verantwortlich für fehlende Vorsorge?

Von der „Verantwortung“ der Arbeitgeber spricht keiner. Oft genug werden Bestimmungen zum Schutz vor gesundheitlicher Schädigung sträflich missachtet.

Zum Beispiel in der Autoindustrie zwingen Arbeitsgänge in der Produktion

dem Arbeiter bestimmte Zwangshaltungen auf, die die Gelenke kaputt machen. Aber entsprechende regelmäßige, vom Unternehmer zu veranlassende Untersuchungen gibt es nicht.

Mobbing in den Betrieben gilt heute als Gesundheitskiller Nr. 1. Die einen werden krank, weil sie nicht mehr gebraucht werden, die anderen wegen des Stress. Gesundheit kann man nicht „ökonomisieren“. Diese „Reform“ wird zu Recht von allen ArbeitnehmerInnen mit größter Wut zurückgewiesen.

Es kann nicht zugelassen werden, dass Beck und Müntefering die SPD unter die Knute der Merkel und ihrer CDU/CSU zwingen. Für mich steht die Gesundheitsreform sozusagen beispiel-

(Forts. S. 6 links)

Die Ziele der Gesundheitsreform der Großen Koalition sind mit sozialdemokratischer Politik nicht vereinbar !!

Der Vorstand des Frankfurter SPD-Ortsvereins Nordweststadt III-Süd hat anlässlich der Diskussion um die Gesundheitsreform am 11. Oktober 2006 folgenden Beschluss gefasst und wendet sich an seine(n) Abgeordneten:

Die Parteien der Großen Koalition haben sich auf einen Kompromiss für die Reform des Gesundheitswesens geeinigt. Dieser beinhaltet folgende Eckpunkte:

- Einführung eines Gesundheitsfonds, der aus den Beiträgen der Krankenversicherten und Steuermitteln finanziert wird.

Damit wird die Selbstverwaltung der Krankenkassen außer Kraft gesetzt. Die Kontrolle über die Versicherungsbeiträge der ArbeitnehmerInnen und der Arbeitgeberbeiträge (= vorenthalte Lohn-/Einkommensbestandteile) werden dem Staat ausgeliefert, der unter dem Druck der Maastrichter Verschuldungskriterien steht.

- Nachdem die ArbeitnehmerInnen bereits 0,9 Prozent mehr Beitrag für Krankengeld und Zahnersatz zahlen müssen als die Arbeitgeber (von den Zuzahlungen und Eigenanteilen nicht zu sprechen), soll der Beitrag der Arbeitgeber eingefroren werden – während sich die ArbeitnehmerInnenbeiträge frei nach oben entwickeln können.

Damit wird die paritätische Finanzierung des Gesundheitswesens noch

weiter ausgehebelt. (...)

- „Gesetzliche Krankenkassen müssen sich mehr als private Krankenkassen umstellen“, das heißt doch, es geht in Richtung Privatisierung der gesetzlichen Krankenkassen.

- Der Risikostrukturausgleich zwischen den Kassen und den Regionen in Deutschland wird verschlechtert. Das führt zum weiteren Wettbewerb der Kassen auf Kosten der Versicherten, weil Leistungen zurückgeschraubt werden.

Wir unterstützen den SPD-Abgeordneten Dr. Wolfgang Wodarg. Wir begrüßen, dass er in der SPD-Fraktion „für die Ablehnung der Reform werben“ will. Wir begrüßen es, wenn Ottmar Schreiner (AfA-Vorsitzender) den sich abzeichnenden Kompromiss für „nicht tragbar“ hält und erklärt, „dass die SPD-Linke dem Kompromiss nicht zustimmen kann“. (...)

Wir beziehen Position für den Erhalt eines einheitlichen solidarischen, paritätisch finanzierten öffentlichen Gesundheitswesens, und erklären deshalb:

- Die SPD kann den Gesundheitsfonds nicht zulassen!

- Die SPD-Bundestagsabgeordneten dürfen der Gesundheitsreform nicht zustimmen!

Wolfgang Wodarg: „Der Erhalt der Solidargemeinschaft ist im Zweifelsfall wichtiger als der Erhalt einer großen Koalition.“

Henning Frey (SPD, GEW)

Diskussion in der Kölner Redaktion

Wir gehen mit einem Transparent „Weg mit der Gesundheitsreform! SPD-Abgeordnete: Stimmt mit Nein!“ zur DGB-Kundgebung nach Dortmund

„Die Mobilisierung für den 21. 10. lief bisher so beschissen wie bei fast keiner anderen Aktion des DGB“, so ein Kollege auf dem letzten Treffen der Kölner Redaktion von »Soziale Politik & Demokratie«. „Es gibt so gut wie kein vernünftiges Material. Erst jetzt hat die IG Metall kurzfristig für morgen früh um 10.00 Uhr Betriebsräte zu einer kurzfristigen Zusammenkunft eingeladen!“

Nicht nur in Köln, so wurde in der Redaktionsrunde am Donnerstagabend deutlich, auch in anderen Städten beschwerten sich die Kollegen über die schlechte Organisation und die Hindernisse, um für den 21. 10. mobilisieren zu können. „Bei uns in Düren ist es genauso“, bestätigte ein anderer Kollege. „Die Situation klafft so stark auseinander“, meinte ein anderer in der Diskussionsrunde: „Die Kollegen sind sauer und empört. Heute berichtet die ganze Presse über den Fall des kleinen Bremer Jungen Kevin. Es ist möglich, dass in Deutschland heute Kinder in den Kühlschränke gesteckt werden, weil es keine öffentliche Infrastruktur mehr für den Schutz und die Betreuung von Kindern und Jugendlichen gibt. Das ist im Kinder- und Jugendbereich so, wo die ganzen Heimplätze gestrichen werden.“

Das ist aber auch im Krankenhausbereich so. Wir sind völlig überfüllt. Trotzdem geht der Abbau von Betten weiter.

„Vorsorgemuffel sollen mehr zahlen“ ... (Forts. v. Seite 5)

haft dafür, dass in der Großen Koalition keine sozialdemokratische Politik möglich ist.

Und für mich als Sozialdemokrat ist es von größter politischer Bedeutung, dass in der SPD, bis in die Fraktion hinein, die Empörung über eine solche „Reform“, die aber auch gar nichts mit der Tradition der sozialdemokratischen Partei zu tun hat, so groß ist.

Deshalb möchte ich alle sozialdemokratischen GenossInnen und GewerkschaftskollegInnen aufrufen: Werdet aktiv, um diese „Reform“ zu stoppen, und unterzeichnet den Brief an die SPD-Bundestagsabgeordneten: „Lehnt die Gesundheitsreform ab! Stimmt mit Nein!“



Die Parteivorsitzenden Kurt Beck (SPD), Angela Merkel (CDU) und Edmund Stoiber (CSU) geben den „Kompromiss“ zur Gesundheitsreform bekannt

Das ist wirklich brutal, und die Kollegen sehen das jeden Tag und sie wissen, dass das mit der jetzigen Gesundheitsreform noch schlimmer wird. Aber was lesen sie dazu in den Aufrufen des DGB: Kein Wort davon, und dann auch kein Wort dazu, dass die Gesundheitsreform weg muss!“ „Für die Kollegen klafft die Realität, die sie jeden Tag erleben, und das, was in den Aufrufen steht, völlig auseinander! Deshalb müssen wir das auch in unseren eigenen Flugblättern bringen!“

Dass die fassunglose Empörung und Wut über die Gesundheitsreform nicht nur die Krankenhausbeschäftigten betrifft, machte auch noch ein anderer Bericht deutlich: „Ich war am 5. Oktober, also direkt nach der Verabschiedung des Kompromisses in Berlin, auf einer Veranstaltung mit Ulla Schmidt im Rathaus in Lohmar. Das, was da ablief, hätte man wirklich »Tante Ullas Märchenstunde« nennen können. Sie versuchte, die Reform als positiv zu verkaufen, weil zum ersten Mal die Zuzahlungen nicht erhöht würden. Ich habe sie gefragt: ‘Haben nicht alle Reformen der letzten 25 Jahre zu einer Verschlechterung der Situation der Arbeitnehmer geführt? Beispiel Rente: Die durchschnittliche Rente beträgt 968 Euro, bei den Neurentnern aber im letzten Jahr nur noch 608 Euro. Da sollen wir Dir glauben? Nimm nur den Fonds, durch den die Kassen Zusatzbeiträge von den Versicherten verlangen können. Soll das kein Nachteil sein?’“

Auch die Leute um mich herum haben immer wieder nachgefragt, was auf sie zukommt, was sich verändert. Sie sind in echter Angst. Aber Ulla Schmidt übergibt einfach viele Einwände und

Fragen.“ – „Es gibt jetzt massenhaft Beschlüsse und Erklärungen sowohl in den Gewerkschaften als auch in der SPD gegen die Gesundheitsreform. Ich habe erfahren, dass die Bochumer Gewerkschaften, DGB und ver.di, eine Veranstaltung gegen die Gesundheitsreform organisiert haben. Der Kollege, der mir das erzählt hat, meinte: ‘Ich ging da hin, es war Sonntagmorgen, und ich dachte noch: Da kommt doch keiner! Aber der Saal war voll! Ich war wirklich überrascht. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Axel Schäfer war da, hat aber um den heißen Brei ‘rumgeredet. Da standen die Leute auf und haben gefragt: Wie stimmst Du denn jetzt ab? Da hat er geantwortet: Ich stimme dagegen.’“

Ist das nicht die Konsequenz, die aus allen Erklärungen und Beschlüssen folgen muss? – Das haben wir auf der Redaktionssitzung diskutiert. Muss man jetzt nicht breit und massenhaft zum Nein der SPD-Abgeordneten zur Gesundheitsreform aufrufen?

In diesem Sinne hat der Redaktionskreis eine Erklärung beschlossen, die wir jetzt verbreiten. Außerdem gab es in der Redaktion Einigkeit darüber, dass wir mit dieser Forderung auf die Kundgebung des DGB am 21. 10. gehen wollen. Wir beschlossen, dazu ein Transparent anzufertigen und einen Stand in Dortmund zu machen, um Unterschriften unter den Offenen Brief zu sammeln.

Alle die Kolleginnen und Kollegen, die in den Betrieben und der Gewerkschaft die Möglichkeit haben, wollen auch dort noch einmal massiv für die Teilnahme am 21. 10. unter diesen Losungen mobilisieren.

Volker Prasuhn (SPD-AfA, ver.di)

Hartz IV – CDU drängt auf Verschärfung der Sanktionen

DAS große Wehklagen über die „neue Unterschicht“, das nach Bekanntwerden einer im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erstellten Studie angestimmt wurde, ist zynisch und heuchlerisch. Dass Millionen Menschen in Deutschland in Armut leben, darunter besonders viele Kinder sowie Arbeitnehmer, die in ungesicherte und unwürdig bezahlte Jobs gedrängt wurden, wissen wir doch nicht erst seit heute.

Und wieder einmal werden die Menschen, die betroffen sind, als die Schuldigen ausgemacht: sie seien lustlos, leistungsunwillig, nicht bildungsbereit, nicht mehr nach sozialem Aufstieg strebend – behauptet allen voran Kurt Beck. Das wird begleitet von dem Missbrauchsvorwurf, der mehr oder weniger perfide daherkommt – zum Beispiel wenn der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Struck Ende Juni erklärt: „Es war zu optimistisch anzunehmen, dass Menschen das System nur in Anspruch nehmen, wenn sie es wirklich brauchen.“ Früher habe der Weg zum Sozialamt über eine Hemmschwelle geführt: „Man wählte ihn, wenn nichts mehr sonst ging.“ Die Regierung sei von einem zu „positiven Menschenbild“ ausgegangen.

Kann das die Antwort von Sozialdemokraten an die sieben Millionen Menschen in Deutschland sein, die ALG-II beziehen? An die Menschen, die von einer der vielen aktiv herbeigeführten Insolvenzen, Betriebsverlagerungen und Massenentlassungen betroffen sind und in die soziale Ausweglosigkeit geschickt werden?

Muss man Ottmar Schreiner nicht zustimmen, der sagt: „Armut und soziale Ausgrenzung sind nicht über uns gekommen, sie sind das Ergebnis der Politik von Gerhard Schröder.“ Die Hartz-IV-Politik Schröders mit Mini-, Ein-Euro- und befristeten Arbeitsverhältnissen habe dazu geführt, dass „Millionen Menschen keine Chance mehr haben, aus dem Niedriglohnssektor mit seinen Hungerlöhnen herauszufinden“.

Doch die Politik der Großen Koalition folgt weiter unbeirrt dem Hartz-IV-Credo und verschärft das Sozialgesetzbuch XII weiter. Sie wird im Herbst weiter an der Hartz-IV-„Optimierungs“-schraube drehen.

Eine Arbeitsgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der unionsgeführten Länder hat am 5. 10. 2006 ihre „Empfehlungen“ in Sachen Hartz IV für

die Bundesregierung vorgelegt. In diesen Empfehlungen wird gefordert, den durch das „Fortentwicklungsgesetz“ beschrittenen Weg der Verschärfung der Sanktionen (30% Kürzung bei erster „Arbeitsverweigerung“, 60% bei der zweiten und 100% Kürzung des ALG II bei der dritten „Verweigerung“) konsequent fortzusetzen.

Das „Sozialgesetzbuch wird zum Strafgesetzbuch“ hieß es zu Recht in



Demonstration in Weißenfels (Sachsen-Anhalt)

einer Stellungnahme der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen zum Hartz-IV-Fortentwicklungsgesetz der Großen Koalition vom Juni 2006. Neben den drastischen Sanktionen bei Ablehnung einer „zumutbaren“ Arbeit wurde für Menschen, die zusammen in einer Wohnung leben, die Beweislastumkehr ins Gesetz geschrieben: Die Betroffenen müssen nun selbst nachweisen, dass keine gegenseitige Einstandspflicht einer auf Dauer angelegten Partnerschaft existiert. Junge Erwachsene, die arbeitslos sind, werden wie Entmündigte behandelt, indem ihnen die Möglichkeit genommen wird, bei ihren Eltern auszuziehen, um ihr eigenes Leben zu leben. Das alles reicht der CDU/CSU noch nicht, und sie fordert weitere Verschärfungen von Hartz IV, die den Charakter von Bestrafung haben.

Der Sachverständigenrat, die CDU-Empfehlungen und auch Arbeitsminister Müntefering drängen nun vor allem auf eine Revision der Hinzuverdienstregelungen für ALG-II-Empfänger. Bei geringen Einkünften (etwa durch einen Minijob) sollen die Einkünfte bis auf einen Mini-Grundbetrag stärker oder voll auf das ALG II angerechnet werden.

Im Bereich jenseits der Minijobs soll hingegen verglichen mit heute mehr übrig bleiben vom Verdienst (also weniger angerechnet werden beim ALG-II-Bezug). Der Sachverständigenrat und die Regierung der Großen Koalition sind sich – wenn sie sich in Nuancen auch unterscheiden – einig, dass ALG-II-Empfänger statt in die Minijobs in Niedriglohnjobs gedrängt werden müssen.

Nach Angaben des Arbeitsministeriums haben derzeit ca. 460.000 ALG-II-Empfänger einen Minijob (von den 400 Euro bleiben 160 Euro beim ALG-II anrechnungsfrei). Dort will man sie aber nicht haben. Deshalb wird suggeriert, die ALG-II-Empfänger ließen es sich mit ALG-II plus einem Minijob „gut gehen“. Aber das Problem sind die Minijobs selbst, für die es keine Stundenbegrenzungen mehr gibt. Im Einzelhandel arbeiten inzwischen selbst Halbtagskräfte als 400-Euro-JobberInnen.

Inzwischen erhalten bereits mehr als 900.000 Erwerbstätige ergänzende ALG-II-Leistungen. Den Niedrigst- und Niedriglohnssektor auszuweiten, – durchaus mit ergänzendem ALG-II –, ist gewollt. Die geplanten großzügigeren Anrechnungsregelungen für diesen Bereich sollen das befördern. Die Pläne für Kombilöhne gehen in die gleiche Richtung. Der ohnehin schon gewaltige Bereich von tariflich nicht regulierten, prekären Beschäftigungsverhältnissen mit Niedriglöhnen, welche die Flächentarifverträge unter massiven Druck setzen, soll eine weitere Infusion erhalten.

Müssen wir als SozialdemokratInnen und GewerkschafterInnen nicht den Kampf dafür führen, dass – wie bei der anstehenden Gesundheits„reform“ – im Herbst bei der Hartz-IV-„Optimierung“ und beim Kombilohn kein Sozialdemokrat im Bundestag zustimmt?

Beck und Müntefering unterwerfen die SPD in der Großen Koalition einer Politik, die zu einer rasanten Verarmung und Ausgrenzung immer breiterer Teile der Bevölkerung führt; die zur Folge hat, dass immer mehr Menschen zu unwürdigen Löhnen arbeiten müssen und Tarifverträge nichts mehr wert sind. Stellt sich da für uns nicht die Frage, dass die SPD raus muss aus der Großen Koalition?

H.-W. Schuster (SPD, AfA-UB-Vorsitzender)

Siemens, BenQ, BSH, Stora Enso...

„Aufkaufen und plattmachen“ für den „Steigflug an der Börse“

Nur ein Jahr nach der Übernahme stellt BenQ am 28. 9. alle Zahlungen ein und meldet Insolvenz an. Mit der Übernahme der Siemens Handysparte habe sich BenQ einen „Brückenkopf für den zentraleuropäischen Markt“ verschafft. „Aufkaufen und plattmachen“ nennt das der IG-Metall-Bevollmächtigte von Bocholt. Betroffen sind 3.000 Kolleg/-innen und ihre Familien in Kamp-Lintfort, Bocholt und München.

Vor zwei Jahren hatte Siemens die Kolleg/-innen in Kamp-Lintfort und Bocholt mit dem Ultimatum konfrontiert: entweder Betriebsstilllegung und Verlagerung der Produktion nach Ungarn, oder umfangreiche Einbrüche in den Tarifvertrag andererseits. Die IG Metall unterzeichnete einen Ergänzungstarifvertrag. Darin waren die Rückkehr zur 40-Stundenwoche und Lohnneinbußen von 20% fixiert. „Heute“, erklärt Oliver Burkhard vom IGM-Bundesvorstand, „würde ich den Ergän-

zungstarifvertrag nicht mehr unterschreiben“.

Doch hat die IG Metall nicht einen Tag, nachdem BenQ die Stilllegung der Produktion in Kamp-Lintfort und Bocholt mitteilte, einen „Ergänzungstarifvertrag zur Sanierung der Kernmarke VW“ unterzeichnet, und mit dem „Arbeitszeitkorridor von 25 bis 33 Stunden“ einen „Arbeitnehmerbeitrag eingebracht“, wie Hartmut Meine von der IG Metall erklärte?

„Nach der Insolvenz der Handysparte BenQ Mobile haben die Aktien des Mutterkonzerns BenQ an der Börse in Taipeh zum Steigflug angesetzt. Das Papier gewann mehr als sechs Prozent“, schreibt der »Focus« am 29. 9.

Bleibt noch festzuhalten, dass die Produktion nun in Asien stattfinden wird.

„Stora Enso hat ihre Absicht bekannt gegeben, das deutsche Werk Reisholz und das niederländische Werk Berghuizer zu schließen“

Weiter heißt es in der Mitteilung des Papier-Konzerns vom 4. 10.: „Das finnische Werk Summa und das deutsche Werk Uetersen setzen ihren Betrieb fort und verbessern weiterhin ihre finanzielle Ertragskraft.“

Warum unter diesem Ultimatum Summa und Uetersen weiter produzieren können, teilt man uns auch mit: „Summa erreichte bessere finanzielle Leistung durch (...) Kostensenkungen, die durch ... das Einfrieren der Löhne und Gehälter und die Veränderung der Lohn- und Gehaltsstrukturen erreicht wurden. (...) Uetersen hat seine finanzielle Ertragskraft verbessern können. Zu den dabei angewandten Maßnahmen gehören Personalabbau und die Anpassung der lokalen Tarifverträge. (...) Die Arbeit, die in letzter Zeit in diesen Werken geleistet wurde, hat eine Verbesserung der Rentabilität bewirkt, doch es ist noch eine stärkere Verbesserung nötig. (...) Wir engagieren uns für eine weitere Steigerung der Gewinne, um die von uns angestrebte Rendite zu erreichen. Zu diesem

(Forts. Seite 9)

Ein Hartz-IV-Empfänger aus Ostwestfalen schrieb uns:

„Die Bundesagentur will den Arbeitslosen Milliarden vorenthalten, die aus ihren Beiträgen gespeist werden“

»Leider kann ich nicht, wie Steinbrück fordert, auf den Urlaub verzichten und das **Urlaubsgeld für die Altersversorgung** zurücklegen! Aber dafür will ja jetzt der Verkehrsminister, der sich auch Sorgen um Hartz IV-Leute macht, uns in den Nahverkehrsmitteln als Terroristen-Spürhunde einsetzen!!

Dann wird noch als Erfolg gefeiert, dass die Bundesagentur den Arbeitslosen das Geld vorenthält, das aus ihren **Beiträgen gespeist wird, eigentlich zu verwenden** für Arbeitsförderung, Aus- und Weiterbildung und Integration in den Arbeitsmarkt gedacht, und das in Milliardenhöhe. Und dann möchte doch tatsächlich Steinbrück dieses Geld für den Haushalt verwenden! (...)

Auch das Arbeitsamt Detmold spart an uns 2,5 Millionen ein. Während Bad Salzuflen den richtigen Weg geht und die Mittel für eigene Förderprogramme einsetzt.

Wie solche Einsparungen vor sich gehen, kann ich aus eigener Erfahrung schildern. Nachdem mein Einsatz für 9 Monate in der Gemeinde (Archiv) schon letzten Herbst genehmigt war, haben wir diese Maßnahme verschoben, weil ich

von November bis Ende Februar nochmal eine Kaufmännische Teilqualifizierung gemacht habe. Danach habe ich mich unverzüglich beim Arbeitsamt gemeldet, um den Job bei der Gemeinde aufzunehmen (1,50 Euro/Std.-Job). Es musste nur zwischen der Arbeitsagentur und „Lippe pro Arbeit“ die Förderung erneut angeschoben werden.

Dann habe ich wochenlang nichts mehr gehört, obwohl der Arbeitsamtsberater versprochen hatte, sich darum zu kümmern! Auf Nachfrage bei der Gemeinde wurde mir gesagt, es läge alles bei „Lippe pro Arbeit“.

Irgendwann ist mir der Geduldsfaden gerissen und ich habe mich mühsam telefonisch bei „Lippe pro Arbeit“ durchgefragt, bis ich bei der richtigen **Beraterin** gelandet war. Was mich dann total verblüfft hat, war ihre Reaktion. Sie wusste ohne nachzusehen oder sich zu erinnern, **innerhalb von Sekunden bescheid**. „Weil der Berater bei der Arbeitsagentur versetzt worden ist, bin ich einem ‚virtuellen Berater‘ zugewiesen worden. Es sei noch etwas zu klären, Sie werde sich darum kümmern, ich bräuchte nicht mehr nachzufragen.“

(...) Dann wurde der September als Starttermin (bei der Gemeinde) vereinbart. **Statt für 9 Monate ist das Projekt jetzt für 6 Monate geplant**, und ich muss zusätzlich noch einen Tag die Woche zu einer „Weiterbildung“. Schriftlich habe ich bis heute nichts in der Hand, kommende Woche werde ich noch mal aktiv. Nebenbei habe ich während der Zeit ca. 10 Bewerbungen am Arbeitsmarkt losgelassen, die alle negativ ausgefallen sind.

Was ist nun die Lehre aus diesen Erfahrungen: Kein Arbeitsloser soll sich auf die Vermittlungsbemühungen der Agentur verlassen. Jeder muss sich selber kümmern. Die Agenturen müssen ständig von den Arbeitssuchenden gefordert werden. Bürokratie und Verzögerungstaktik sind an der Tagesordnung, **weil politisch gewollt, an den Arbeitslosen gespart wird.** (...)

Herzliche Grüße, K.«

(Der Kollege aus einem Dorf im Kreis Lippe ist 55-Jähriger Familienvater, war u. a. Angestellter bei einem ostwestfälischen Großbetrieb, ist dort IGM-VM und BR gewesen – d. Red.)

Zweck werden wir auch in Zukunft die Ertragskraft nicht nur dieser beiden Werke, sondern aller unserer Anlagen genau überwachen.“

Eine Mitteilung des Konzerns vom 29. 9. 2006 erklärt, warum 378 Kolleg/-innen in Düsseldorf-Reisholz und 297 in Berghuizer auf die Straße geworfen werden: Stora Enso gab die Wiederaufnahme der am 24. 12. 2005 „aus Rentabilitätsgründen“ gestoppten Produktion des Werkes Port Hawkesbury im kanadischen Nova Scotia bekannt. Stolz legt man die Bilanz einer zehn Monate währenden Erpressung vor:

„Energie: Der Nova Scotia Utility and Review Board hat für große Industriekunden eine neue Gebührenordnung festgesetzt, die sich an den tatsächlichen Energieerzeugungskosten der Nova Scotia Power Inc. orientiert. Arbeit: Der neue Tarifvertrag erlaubt moderne Arbeitspraktiken und schließt Lohnzugeständnisse ein. Steuern: Die Gemeindeverwaltung hat ein zehnjähriges Abkommen bezüglich der Immobiliensteuer und die Provinzverwaltung von Nova Scotia einen stufenweisen Abbau der Kapitalsteuer gebilligt. Das Werk hatte am 24. Dezember 2005 aufgrund eines Tarifkonflikts die Produktion eingestellt. Der neue Tarifvertrag mit einer fünfjährigen Laufzeit (31. Mai 2004 bis 31. Mai 2009) wurde am 20. Juni 2006 ratifiziert. Er umfasst eine Senkung der Löhne um 10 Prozent gegenüber dem Niveau von 2006, die Veränderung zentraler Arbeitspraktiken wie Flexibilität und Überstunden sowie den Abbau von 54 Arbeitsplätzen.“

In Düsseldorf soll nach dem Willen der Konzernzentrale in Helsinki die Papiermühle von Stora Enso in Reisholz mit 378 Beschäftigten wegen angeblich zu hoher Energiekosten Ende 2007, nach über 100 Jahren, zur Sicherung der „Rentabilität des Unternehmens in Europa“ stillgelegt werden.

Die 1905 begonnene Produktion der Papiermühle in Reisholz ist vor dem Hintergrund der Historie des Standortes bezeichnend für die gesamte Situation – auch und gerade heute:

Nahezu zeitgleich mit der Papierproduktion in Reisholz wurde für weitere Produktionszweige, von Stahl bis Chemie, die gesamte Infrastruktur vom Rheinhafen bis zum Bahnhof geschaffen. D.h. die Kommune bzw. das Land finanziert mit öffentlichen Geldern die Schaffung der notwendigen Infrastruktur als Voraussetzung einer Ansiedlung von Industriebetrieben – nicht nur 1905

in Düsseldorf-Reisholz, sondern – wie wir sehen – auch im Jahr 2006, diesmal in Kanada.

Die gleiche Situation treffen wir an in Kamp-Lintfort, Bocholt, München, Berlin...!

Lohnverzicht rettet keinen Arbeitsplatz

Die Einbrüche, die die Beschäftigten von Siemens in Kamp-Lintfort und Bocholt hinnehmen mußten, haben den Konzern BenQ keine Sekunde gehindert, die Produktion, nachdem Patente usw. in seinen Besitz übergegangen sind, „plattzumachen“.

Haben die Beschäftigten bei Stora Enso in Summa und Uetersen – im Gegensatz zu denen in Düsseldorf und Berghuizer – nun „sichere“ Arbeitsplätze, nachdem ihnen Zugeständnisse in Form von „Personalabbau und Anpassung der Tarifverträge“ abgepresst wurden?

Die Erfahrung der Kolleg/-innen von Siemens/BenQ sind eindeutig: Nein!

Zehn Monate hat Stora Enso in Kanada die Produktion stillgelegt, bis die Gewerkschaften, die Kolleg/-innen und die Behörden hinreichend unter Druck gesetzt waren. Voller Zynismus und Arroganz teilt der Konzern abschließend mit: „Nach der im Juni erfolgten Ratifizierung des Tarifvertrags durch die Gewerkschaft wurde die Wiedereröffnung des Werks noch solange verschoben, bis die Frage der hohen Energiekosten mit dem lokalen Energieversorger geklärt war. (...) Der Stillstand des Werks wirkte sich auf das Betriebsergebnis des Stora Enso-Konzerns im betreffenden Zeitraum mit etwa 5 Mio. Euro pro Monat aus.“

Dem Kurs der Aktie hat dies nicht geschadet.

Sind die Arbeitsplätze der kanadischen Kolleg/-innen nun „sicher“, da Reisholz „plattgemacht“ wurde? Angesichts des globalen Erpressungsarrangements gibt auch hier niemand eine Garantie.

Die Bilanz bei Siemens/BenQ oder Stora Enso wirft Fragen nach dem Platz und der Verantwortung der Gewerkschaften auf. Sie wirft Fragen auf, wie der Kampf dafür, dass sie Organisationen bleiben, die die erkämpften Tarifverträge, Errungenschaften und Rechte in jedem Land verteidigen und verlorene zurückerobern, geführt werden kann. Sie wirft Fragen auf nach dem Wert von „Ergänzungstarifverträgen“,

nach deren Abschluß die Beschäftigten für geringeren Lohn weiterarbeiten, bis sie oder Beschäftigte einer anderen Niederlassung endgültig rausgeworfen werden.

Kann es angesichts der immer umfassenderen Attacken der Konzerne gegen die Belegschaften und ihre Gewerkschaften eine andere Lösung geben, als die Arbeitsplätze, Betriebe und das Vermögen der Betriebe zu verstaatlichen, sie unter staatlichen Schutz zu stellen? Haben nicht Sozialdemokrat/-innen in den Kommunen, den Ländern und ebenso im Bund die Verantwortung, in diesem Sinne zu entscheiden, sowohl im Interesse der Verteidigung der Produktion, als auch im Interesse der Sicherung der gewaltigen Mittel, die für die Subventionen und für die Infrastruktur, die die Unternehmen nutzen, ausgegeben wurden?

Gibt es eine andere Lösung, als die Betriebe unter staatlichen Schutz zu stellen?

Das Verbot von Entlassungen und Betriebsstillegungen, so wie es die AfA-Bundeskonferenz im April in Kassel beschlossen hat, weist darauf hin, dass diese Forderung sich längst in SPD und Gewerkschaften begonnen hat Bahn zu brechen.

Doch diese Forderungen prallen zusammen mit den Ver- und Geboten der EU, ihren in den Verträgen von Maastricht, Amsterdam und Nizza verkündeten Wettbewerbsregeln, den Vorgaben zu staatlichen Beihilfen usw. Die Grundsätze dieser Verträge sind dem „System, das den Wettbewerb ... vor Verfälschungen schützt“ (Art. 3) und „einer freien Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ (Art. 4) verpflichtet. Der von der EU diktierte „Strukturwandel“, das Verbot staatlicher Intervention, das verpflichtende Gebot des freien Wettbewerbs, lassen den Weg der Verstaatlichung nicht zu.

Die Praxis von Stora Enso ist beispielhaft. Das ist der freie Wettbewerb. Das ist die Praxis der EU. Wer für die Verteidigung von Arbeitsplätzen, Produktion und Betrieben eintritt, wer für die Verstaatlichung der Betriebe, dafür, dass sie unter staatlichen Schutz gestellt werden, eintritt, muss für den Bruch mit der EU und ihren Verträgen eintreten.

Wir wollen in den kommenden Ausgaben dieser Zeitung mit Kolleg/-innen diese Diskussion führen.

Detlef Bahr (ver.di)

Der Zerstörungsprozess der öffentlichen Unis: eine Zustandsbeschreibung

NOCH existiert sie, die „normale“ deutsche Voll-Universität mit ihrem breiten Fächerangebot, der Verknüpfung von Forschung und Lehre und ihren gleichwertigen, national gültigen Abschlüssen namens Diplom, Magister und Staatsexamen, die auch im Ausland hohes Ansehen genießen.

Die »Berliner Morgenpost« vom 30. 8. 06 nannte dazu folgende Zahl: „In Deutschland haben im vergangenen Jahr mehr junge Menschen erfolgreich ein Universitätsstudium abgeschlossen als je zuvor, ...die Zahl der Hochschulabsolventen (stieg) ... auf die Rekordmarke von 252.500.“ Und die Zahl der Studienanfänger wird in den nächsten Jahren weiter steigen, davon gehen alle bisherigen Prognosen aus.

Doch schaut man sich die gesamte Bildungspolitik der letzten zehn, zwanzig Jahre an, so erkennt man, dass die politischen Entscheidungen national und international (= EU-Bologna-Prozess) den öffentlichen Hochschulen jegliche Grundlage, diesem Andrang auf die akademische Ausbildung und einen qualifizierten Hochschulabschluss gerecht zu werden, entzogen haben.

Professor Wolfgang Lепенies (*) sagt in einem Interview im »börsenblatt« (5-2006): „Außerdem liegt ein großer Zynismus darin, dass wir jetzt in Deutschland die Universitäten unter den Bedingungen des Mangels in eine größere Unabhängigkeit entlassen. (...) Das ist eine derartige Ungerechtigkeit der Institution gegenüber! In dem Moment, wo die Universität zu verhungern beginnt, sagt man: Sorge für dich selbst!“

Ulrich Herrmann, emeritierter Professor für Pädagogik der Uni Ulm und Tübingen, beschrieb in der »Frankfurter Rundschau« („Humboldt ist mausetot“, 15. 8. 06) den politischen Prozess zur Zerstörung der Universitäten in Deutschland: „Irgendwie kriegen wir die Universitäten schon kaputt: erst ihre Öffnung in den 70er Jahren bei stetig sinkender Finanzierung. Dann der Zwang zur Drittmittelwerbung (eigenes Geld für Bücher beziehungsweise Forschung haben die Universitäten bekanntlich kaum noch), dann die Dequalifizierung der Studierenden durch den Bachelor, gefolgt von der drastischen Absenkung der Professorengehälter bei zunehmenden Verwaltungsaufgaben (...). Und jetzt auch noch die Ver-

knappung der Zeit fürs eigene Lesen und Forschen. Das alles hat System, und zwar das des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) der Bertelsmann-Stiftung.“

Das CHE ist ein zentrales Sprachrohr der großen privaten Unternehmen in Deutschland, die ab und zu sich selber zu Wort melden (siehe Kasten) und in der CDU immer noch die Partei für die Durchsetzung ihrer Forderungen sieht, dem sich die SPD in der Großen Koalition unterwirft.

Nach der Vorstellung des CHE wird es künftig einige wenige Forschungs- und sonst nur noch Lehr-Universitäten geben.

Nach den Bachelor-Studenten, die zunehmend in den „Lehr-Unis“ ihr zweitklassiges Studium absolvieren können, kommt der „Bertelsmann-Prof“, der in den Spitzen- oder Exzellenz-Unis Forschung mittels Geldern von privaten Auftraggebern betreiben wird. Die Teilung von Forschung und Lehre und die Dequalifizierung des Studiums werden das öffentliche Hochschulwesen vollends zerstören.

Die Wuppertaler **Romanistin Ursula Link-Heer** schreibt in der FAZ („Warum machen alle mit?“): „Zweifellos der für die Professorenschaft wichtigste Punkt der Agenda des CHE ist ihre Aufspaltung in eine Oberklasse von besser bezahlten, zur Forschung zugelassenen und mit wenig Lehre und Prüfungen belasteten Exzellenzen, und eine Unterklasse von weniger gut bezahlten, an der Forschung gehinderten und mit hohen Lehrdeputaten beladenen Normalos.“

Der frühere Universitäts-Professor wird als „Normalo“ zu einem Verwaltungsangestellten mit Ausbildungsbefugnis degradiert. So hat die Regierung Merkel vor, für die zehn ausgewählten Exzellenz-Universitäten rund 1,9 Milliarden Euro zu verwenden. Es „bleibt ein Rest übrig, der auch gerne Exzellenz wäre, es aber nicht sein kann. Dieser Rest sei als Normaluniversität bezeichnet“ (Link-Heer). Das habe jetzt schon Auswirkungen: „Man kommt kaum noch zum Lesen. Und dies gilt auch für unsere studentische Jugend, denn auch diese muss sich unaufhörlich ‘kreditieren’ lassen.“

Dahinter steht das Kreditpunktesystem, das europaweit mit der Bachelorisierung des Studiums im Rahmen des

Bologna-Prozesses eingeführt wird. Link-Heer dazu konkret: „Denn schon mit der Einführung des Bachelor wurde zwangsverordnet, dass jedwede Lehrveranstaltung einschließlich der Vorlesungen mit der Verpflichtung zu einer Prüfung zu versehen ist, damit die Leistungspunkte kreditiert werden können.“

Noch ist dieser Zerstörungsprozess an den Universitäten nicht abgeschlossen, nicht überall und nicht in allen Fächern ist der Bachelor bereits eingeführt.

Nach den Studentenprotesten gegen Studiengebühren, die in Hamburg und Hessen immer noch anhalten, wächst die Kritik und Ablehnung innerhalb der Professorenschaft und wird zunehmend öffentlich. Sie sehen „ihre Uni“, die Universität Humboldts, dem Tode nahe.

Was liegt näher, als sich mit den Studierenden zu verbinden, um diesen Zerstörungsprozess aufzuhalten?

(*) Wolfgang Lепенies, Professor für Soziologie an der Freien Universität, von 1986 bis 2001 Leiter des Wissenschaftskollegs in Berlin, erhielt am 8. Oktober den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels.

Das wollen die großen Unternehmen: „More Bachelors and Masters welcome!“

Das ist die Überschrift des Forderungskatalogs des Arbeitskreises Hochschule/Wirtschaft der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, BDA (= Vertreter von Adidas, Bahn und Telekom, Eon, RWE u.a.). Sie beklagen, dass der Bachelor-Studiengang in Deutschland noch nicht flächendeckend in den deutschen Unis eingeführt wurde. Im Sommersemester 2006 sind erst ein Drittel der Studiengänge Bachelor und Master, „noch schlimmer“ sei es, dass in diesen Fächern lediglich acht Prozent der Studenten lernen. So gab es in Berlin im letzten Jahr nur 476 Bachelor- und 1012 Master-Absolventen. Die Unternehmensvertreter fordern, dass der Bachelor, anders als das alte Vordiplom, die Studierenden für den Berufseinstieg fit machen müsse, und die Hochschulen müssen mehr Praktika anbieten.

Michael Altmann (SPD, AfA-Bezirksvorstand, ver.di)

SPD-Veranstaltung: „Rücknahme des Bluffs der Unterrichtsgarantie“

DER SPD-Ortsverein Nordweststadt III-Süd hat Eltern, LehrerInnen, SchülerInnen und die BewohnerInnen der Frankfurter Nordweststadt zur Diskussion mit dem zuständigen SPD-Landtagsabgeordneten Gernot Grumbach in einer öffentlichen Veranstaltung eingeladen.

Thema war vor allem die Auswirkungen der „Unterrichtsgarantie plus“, mit der die CDU-Landesregierung zu Beginn des neuen Schuljahrs die Vertretungspools an den Schulen mit gering qualifizierten Kräften (Studenten, Lehramtsanwärter usw.) füllen will, damit kein Unterricht mehr ausfallen soll.

Mit der SPD-Veranstaltung sollte den Eltern, LehrerInnen und SchülerInnen sowie ihren InteressenvertreterInnen, GEW und Personalräten, Gelegenheit gegeben werden, eine erste Bilanz im neuen Schuljahr zu ziehen und ihre Forderungen an den zuständigen Landtagsabgeordneten zu richten.

Die Veranstaltung war sehr gut besucht, neben Eltern und LehrerInnen der beiden Schulen, die im Ortsvereinsbereich liegen, kamen auch deren SchulleiterInnen sowie viele bildungspolitisch Interessierte. Besonders begrüßt wurde **Ludwig von Friedeburg**, der die Bildungspolitik der 70-er Jahre in Zeiten von Willy Brandt maßgeblich gestaltet hat, so dass z.B. die Universitäten auch für Arbeitnehmerkinder geöffnet wurden, was heute durch die Verabschiedung von Studiengebühren in Hessen wieder zurückgeschraubt werden soll.

Eine Mutter der Ernst-Reuter-Gesamtschule wies darauf hin, dass in der Integrationsklasse ihres Kindes Latein und Französisch trotz „Unterrichtsgarantie plus“ ausfallen würde. Es stellte sich heraus, dass die „I-Klassen“, also der gemeinsame Unterricht, bei der Berechnung des Vertretungspools nicht berücksichtigt werden. – Was niemand nachvollziehen konnte, da der integrierte Unterricht für die Klassen, die sich aus behinderten und nicht-behinderten Kindern zusammensetzen, der „Regelunterricht“ ist.

Die Vorsitzende des Gesamtpersonalrats der Lehrerinnen und Lehrer, **Marianne Friemelt** (GEW), bezeichnete die sogenannte Unterrichtsgarantie daher als großen Bluff. Sie wies darauf hin, dass nicht nur alle LehrerInnen in diesem Zusammenhang mehr arbeiten müssten, vor allem an Grundschulen würde durch die Zusammenlegung von Klassen die Arbeit verdichtet. Durch die Möglichkeit der eigenständigen Einstel-

lung von gering qualifizierten Kräften für die Unterrichtsvertretung durch die Schulleitungen komme es zu einer Erosion der Lehrerqualifikation, die sich auch niederschläge in der Erosion des Gehaltsgefüges (schon durch die Koch'sche Arbeitszeitverlängerung für die BeamtInnen seit 2004) und der Unterrichtsqualität.

Deshalb fordere die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) die Rücknahme der „Unterrichtsgarantie plus“ und mahne stattdessen endlich die Erfüllung einer 100-prozentigen Lehrerversorgung (derzeit wird die 93%-ige Stellenbesetzung als 100% definiert) mit einer 10-prozentigen Vertretungsreserve von der Politik an. Sie forderte Gernot Grumbach auf, darzulegen, wie die SPD die Landtagswahlen 2008 in Hessen gewinnen wolle.

Bei Unterstützung der Forderung nach Rücknahme der „Unterrichtsgarantie plus“ durch andere Schulleiter sagte **Gernot Grumbach, SPD-Landtagsabgeordneter** und Bezirksvorsitzender der SPD Hessen-Süd, zu, im Falle eines Wahlsiegs der SPD diese Forderung zu erfüllen.

Auf die Frage, ob die SPD nicht die Forderungen nach 100 %-iger Lehrerversorgung unterstütze, führte Grumbach aus, dass es eines der größten politischen Probleme sei, dass immer mehr Menschen nicht mehr zur Wahl gehen. Er sah die Hauptursache darin, dass die Politik nicht hält, was sie verspricht. Aus diesem Grund verspreche die SPD in Hessen nicht irgendwelche Stellen, die sie nicht erfüllen könne, sondern wolle nicht in eine abstrakte Bildung, sondern in die Kinder investieren.

Die **Schulleiterin der Römerstadt-Grundschule** wies nach, dass die Unterrichtsqualität von der Ausstattung der Schule abhängt. Bevor die CDU-Regierung die Frage des gemeinsamen Unterrichts thematisiert habe, hat es an der Schule bereits zwei Klassen pro Jahrgang gegeben. Dies sei durch die Koch-Regierung gegen den Widerstand der Eltern, LehrerInnen und des gesamten Stadtviertels einschließlich der SPD auf die „Einzügigkeit“ reduziert worden. Solange die Zweizügigkeit mit der entsprechenden personellen Ausstattung bestand, sei die Unterrichtsqualität gewährleistet gewesen. Mit den Stellenstreichungen gebe es trotz größter Anstrengungen des Lehrpersonals Probleme, die Qualität zu halten. Sie schloss sich daher der Forderung der GEW nach

einer 110-prozentigen Lehrerversorgung an.

Michael Altmann, stellv. SPD-Ortsvereinsvorsitzender, machte den Vorschlag, einen gemeinsamen Arbeitskreis „Unterrichtsversorgung in der Nordweststadt“ mit den Vertreterinnen der Eltern und LehrerInnen der ansässigen Schulen und Mitgliedern der politischen Gremien Ortsbeirat und SPD-Ortsvereine zu bilden, der die Forderungen der Schulen zusammenfasst.

Altmann erinnerte daran, dass die Durchführung der Veranstaltung die Erfüllung einer Zusage des SPD-Ortsver-



Am 28. Juni protestierten in Wiesbaden 6.000 Menschen gegen die Bildungspolitik der hessischen Regierung

eins im Kommunalwahlkampf sei. So wie der Ortsverein dieses Versprechen eingehalten habe, so verpflichtet er sich auch, den Kampf gemeinsam mit den Eltern, LehrerInnen und SchülerInnen für die Rücknahme der Unterrichtsgarantie plus zu führen. So sollten die gewerkschaftlichen Forderungen für eine qualifizierte Unterrichtsversorgung auch auf dem Parteitag der SPD im Dezember eingebracht werden, der über das Wahlprogramm für die kommenden Landtagswahlen entscheidet.

Nach der Veranstaltung hat der **SPD-Ortsvereinsvorstand** beschlossen, für den Landesparteitag im Dezember 2006 zur Beschlussfassung des Wahlprogramms einen Antrag einzubringen, in dem die **100%-ige Erfüllung der Stellenbesetzung plus einer 10%-igen Vertretungsreserve während einer SPD-Landesregierung gefordert wird**. Das wurde im Vorstand als einziger Ausweg gesehen zu verhindern, dass geringer qualifizierte Vertretungskräfte qualifiziertes Lehrpersonal ersetzen.

Tafazzul, unser Kollege und politischer Freund

Kollege Tafazzul Hussain, Vorsitzender der Demokratischen Arbeiterpartei Bangladeschs, ist am 2. Oktober in Dhaka (Bangladesch) gestorben. Auf einer Gedenkfeier vor der Zentrale seiner Partei nahmen die Arbeiterdelegationen aus den Textilfabriken, die ihre Gewerkschaftssektionen vertraten, als erste von ihm Abschied.

Dann folgten Delegationen des nationalen Gewerkschaftsbundes von Bangladesch (BJSF) aus den verschiedenen Landesregionen und die Vertreter der Regionalkomitees der Demokratischen Arbeiterpartei.

Alle bezeugten, welche wichtige Rolle Tafazzul im Kampf der Arbeiterschaft seines Landes und im Kampf für die Souveränität der Nation eingenommen hat.

Vor den versammelten Arbeitern wurden Grußbotschaften aus Azania (Südafrika), Algerien, Frankreich, USA, Spanien, Schweiz, Brasilien, Indien, Pakistan und Deutschland verlesen, um den weltweit bekannten Internationalisten Tafazzul zu grüßen.

Die Verantwortlichen verschiedener Gewerkschaftsverbände von Bangladesch sowie aller Parteien, die sich auf die demokratische und Arbeiterbewegung berufen, entrichteten dem Kämpfer einen letzten Gruß, der über die unterschiedlichen Meinungen hinweg in seinem Lande von allen respektiert wurde.

Die Demokratische Arbeiterpartei (Mitglied der Internationalen Arbeitnehmerverbindung) hat für Freitag, den 10. November, eine Versammlung zu Ehren von Tafazzul Hussain einberufen.

Sie wird mit den Delegationen der verschiedenen Landesregionen Ausdruck des Kampfes der Nation Bangladesch sein. Und sie wird eine internationale Versammlung sein, zu der v.a. Delegierte aus Asien eingeladen werden, mit denen Tafazzul so oft für Frieden und Demokratie gekämpft hat.

Liebe Kollegen und Kolleginnen,

mit großer Bestürzung habe ich erfahren, dass unser Gewerkschaftskollege und politischer Freund Tafazzul Hussain gestorben ist.

Tafazzul Hussain habe ich im April 1993 auf der Europa-Asien-Konferenz in Honkong kennen gelernt.

Lebhaft erinnere ich mich bis heute an die wichtige Diskussion, die wir damals hatten zur Frage der zerstörerischen Folgen der Privatisierungspolitik, wie sie vom IWF und der Weltbank weltweit diktiert wird. Mit großem Interesse hatte damals Tafazzul sich über die Entwicklung Ostdeutschlands informieren lassen, wo in den ersten Jahren nach dem Fall der Berliner Mauer die Privatisierungspolitik gegen die großen staatlichen Industriebetriebe und das gesamte soziale Eigentum zu einer katastrophalen Entindustrialisierung und Massenarbeitslosigkeit geführt hat.

Seit diesem Treffen haben uns viele Jahre des gemeinsamen Kampfes gegen die Politik der zerstörerischen Privatisierung und Deregulierung im Rahmen der Globalisierung verbunden und immer wieder auf internationalen Konferenzen zusammengeführt, wie auch auf der „Internationalen Konferenz gegen Deregulierung und für Arbeitnehmerrechte“ in Berlin 2002.

Ich habe Tafazzul als politischen Freund und Gewerkschafter schätzen und achten gelernt, der sich in Bangladesch als Vorsitzender der Demokratischen Arbeiterpartei von Bangladesch und des Gewerkschaftsbundes BJSF unermüdlich und unter den sehr schweren Bedingungen des in Bangladesch herrschenden „Staatsterrorismus“, wie

er es selbst genannt hat, für die Rechte der ArbeitnehmerInnen, die Verteidigung der demokratischen und gewerkschaftlichen Rechte eingesetzt hat und für die Verteidigung der nationalen Souveränität.

Wiederholt haben wir zusammen internationale Initiativen zur Verteidigung der politischen und gewerkschaftlichen Rechte, von politisch verfolgten Gewerkschaftskollegen unterstützt.

Dass Tafazzul Hussain nicht mehr unter uns ist, ist ein großer Verlust für die Arbeiterbewegung in Bangladesch



Tafazzul Hussain auf einer Demonstration in Dhaka

wie für die internationale Arbeiterbewegung.

Im Namen meiner politischen und gewerkschaftlichen Freunde versichere ich Euch, dass Tafazzul Hussain immer in unserem Andenken leben wird und dass wir mit unserem Kampf auch seinen Kampf weiter führen werden.

Mit solidarischen Grüßen

Gotthard Krupp

(SPD, ver.di, IAV)

Internationale Solidarität mit dem mexikanischen Volk

Die AUFRUFE zur internationalen Solidarität mit dem mexikanischen Volk und ein ausführliches Interview mit Daniel Gluckstein, Koordinator der IAV, sind erschienen in einem **Faltblatt** der Internationalen Verbindung der ArbeitnehmerInnen und Völker (IAV).

Daniel Gluckstein hat mit einer Delegation der IAV auf Einladung von Lopez Obrador an dem Nationalen demokratischen Konvent

(CND) am 16. September auf dem Zócalo von Mexico-City teilgenommen.

Mehr als eine Million Delegierte erklärten: **„Wir akzeptieren keinen Präsidenten, der durch Wahlbetrug ins Amt kommt. Wir akzeptieren keine Politik der Privatisierung und des sozialen Rückschritts, die man uns durch den Wahlbetrug aufzwingen will! Es gibt nur einen Präsidenten von Mexiko, und der heißt Andrés Manuel Obrador!“**

Die Delegierten der IAV haben gemeinsam mit Mitgliedern des Organisationskomitees des CND aufgerufen, **am 13. November 2006 einen internationalen Tag der Solidarität** mit dem mexikanischen Volk zu organisieren und an diesem Tag weltweit um Empfangstermine bei den mexikanischen Botschaften zu ersuchen, um der Regierung unsere Solidarität bekannt zu machen.

Das **Faltblatt** mit 8 Seiten DIN A 4, Spendenpreis 1,- Euro, kann über die Redaktionsadresse bestellt werden.